



# Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-  
Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Petitzeile 20 Pfennig. Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Vertragsregister.

Inhalt: Die Pistole auf die Brust gesetzt. . .  
— Zum Verbandstag. — Die amerikanischen Gewerkschaften. — Korrespondenzen (Breslau, Chemnitz, Halle a. S., Herford i. W., Leipzig). — Rundschau. — Eingegangene Druckschriften. — Versammlungskalender. — Adressenveränderungen. — Abrechnung. — Anzeigte.  
Beilage: Das Blei als Gewerbegift. — Korrespondenzen (Dresden, Konferenz des Saues VI, Nürnberg-Fürth).

Für die Woche vom 11. bis 17. Februar 1912 ist die Beitragsmarke in das mit 7 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

## Die Pistole auf die Brust gesetzt . . .

Das wüste Geschrei der agrarischen und industriellen Scharfmacher nach ausnahmegesetzlichen Einschränkungen des Koalitionsrechtes beruht zum größten Teil auf dem Vorgehen einer tendenziösen Justiz, die ihre Rechtsprechung den vom Interesses- und Klassenstandpunkt distanzierten Anschauungen der schlimmsten Arbeiterfeinde mehr und mehr anzupassen bestrebt ist. Anders ist es nicht zu erklären, daß die Herrenmenschen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die agrarischen und industriellen Unternehmer, mit ihren frechen Plänen gegen das Koalitionsrecht und damit gegen jede Verbesserung der arbeitenden Bevölkerung vor die Öffentlichkeit treten können.

Es ist nur zu offenbar, daß die unsoziale Lage der arbeitenden Bevölkerung bringen einer durchgreifenden Verbesserung bedarf. Volkshygiene und Volkswohlfahrt hängen in erster Linie davon ab, daß der Arbeiter unter gesunden Bedingungen leben kann, daß er genügend Luft und Licht, genügend Zeit zur Erholung und zur Auffrischung seiner verbrauchten Kräfte, daß er genügend Lohn erhält, um all diese für Volkshygiene und Volkswohlfahrt notwendigen Voraussetzungen schaffen zu können. Leider ist die Wohnungs- und Nahrungsnot riesengroß, und leider gründen sich auf dieser Not und diesen unsozialen Verhältnissen der arbeitenden Bevölkerung die immer mehr anwachsenden Riesengewinne der Herren unserer heutigen Gesellschaftsordnung. Das wird von dem Unternehmertum immer wieder zugegeben.

Sobald die Arbeiter ihre Wünsche nach Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne vortragen, so wird auch sogleich vom Unternehmertum auf die Unmöglichkeit hingewiesen, den berechtigten Forderungen der Arbeiter nachzukommen. Immer wird die ablenkende Haltung mit der Gefährdung der Konkurrenzfähigkeit zu begründen versucht. Da aber dem Unternehmertum Konkurrenzfähigkeit gleichbedeutend ist mit Profit, so heißt das: die erhobenen Forderungen der Arbeiter mögen ja berechtigt sein, sie können aber nicht erfüllt werden, weil der Profit alsdann so großen Schaden erleiden würde, daß dem Unternehmertum das weitere Interesse an der Aufrechterhaltung der Betriebe genommen ist, die Unternehmer betonen also ausdrücklich ihren

Willen, an den unsozialen Verhältnissen der arbeitenden Bevölkerung im Interesse der Riesengewinne festzuhalten. Dazu paßt aufs beste die stehende Redensart der Unternehmer: Ich kann nichts bewilligen; wem es aber nicht paßt, dem sieht es frei, sich eine bessere Stellung zu suchen! Als ob sie nicht selber wüßten, daß dann die auf Verbesserung ihrer Lage bedachten Arbeiter ewig suchen müßten! Treffender als mit diesen Unternehmertworten des Hohns kann die so viel gerühmte kapitalistische Freiheit und die Humanität des Unternehmertums nicht charakterisiert und gebrandmarkt werden.

So bleibt den arbeitenden Klassen in der Tat nichts anderes übrig, als Selbsthilfe zu üben. Sie müssen sich jede noch so geringe Verbesserung der unzulänglichen Löhne, jede noch so winzige Arbeitszeitverkürzung und jede kleine und augenblickliche Verbesserung ihrer beruflichen und sozialen Verhältnisse in oft langwierigen und opferreichen Kämpfen erringen, erringen gegen den Willen ihrer Ausbeuter. Und so namhaft die Erfolge der Arbeitskämpfe für die Arbeiter schon gewesen sind, der Konkurrenzfähigkeit der Unternehmer haben sie noch nicht geschadet.

Die Scharfmacher im Unternehmerlager aber können es nicht verhindern, daß es den Arbeitern wirklich gelingen ist, sich in ihren starken Organisationen einen nachhaltigen Schutz ihrer Interessen zu schaffen. Wo nur immer die Arbeiter dazu übergehen, ihre unsozialen Verhältnisse zu verbessern, da erhebt sich der Haß und die Rachsucht der Unternehmer gegen sie. Alle übrigen Kreise und Institutionen der kapitalistischen Gesellschaft werden die gegen sog. Unbotmäßigkeit, Begehrlichkeit und den Terror der Arbeiter aufgerufen. Obwohl der unsoziale Sinn und die Proffitsucht des Unternehmertums schuldig ist, sollen es doch immer die Arbeiter gewesen sein, die den Frieden, die ihnen die so humanen und menschenfreundlichen Unternehmer voller Selbstlosigkeit so gern erhalten hätten, gestört haben. Voller Entsetzen schreiben die Unternehmer: die bösen Arbeiter wollen die Arbeitgeber und das Gewerbe ruinieren, indem sie uns mit der Androhung der gemeinsamen Arbeitseinstellung, und den Arbeitswilligen mit der Androhung der Berufszerklammerung die Pistole auf die Brust setzen!

Gar bald erwies sich die Justiz den Demunziationen des Scharfmachertums zugänglich. Mit den denkbar schärfsten Strafen wurden die kämpfenden Arbeiter verfolgt. Ausweisungen, die unter Umständen niemand beachtet haben würde, wurden, sobald sie gegen Arbeitswillige getan worden waren, mit schweren Strafen belegt. Mit dem Groben-Unfug-Paragrafen wurde gegen das Streikpostenfessen vorgegangen, und Ankündigungen von Streiks wurden als Erpressung „geahndet“. Erst kürzlich ereignete sich ein ganz unverständlicher Fall von Rechtsprechung gegen die organisierten Arbeiter. Die erste Strafkammer in Breslau verurteilte unter dem Vorsitz des Landgerichtsrats Hent, den in einem Fensterreinigungsinstitut angestellten Glasreiniger Joseph Gierth wegen Erpressung zu sechs Wochen Ge-

fängnis; der Staatsanwalt hatte vier Wochen beantragt. Der Vorsitzende begründete die Strafe mit folgenden Worten:

„Die armen Unternehmer sind heutzutage übel dran. Die Pistole wird ihnen einfach auf die Brust gesetzt, um sie zur Nachgiebigkeit zu zwingen. Mit Rücksicht darauf hat das Gericht die vom Herrn Staatsanwalt beantragte Strafe als nicht ausreichend erachtet, und es ist daher auf sechs Wochen Gefängnis erkannt worden.“

Und was hat der Beurteilte verbrochen? Er schützte lediglich die berechtigten Interessen seiner organisierten Kollegen, indem er sich gegen die wiederholten Entlassungen wehrte, die von dem organisationsfeindlichen Betriebsleiter vorgenommen worden waren, der alsdann Unorganisierte einstellte. Da hat nun der so hart Betroffene gelegentlich zu dem Geschäftsführer gesagt: „Bei dem Fieß liegt die Sache genau so; erst haben Sie ihm gekündigt, weil er zu lange gearbeitet hat, und jetzt kündigen Sie ihm, weil er zu wenig arbeitet. Ich sage Ihnen nur das eine: Wenn Sie fortwährend Tarifbruch begehen, dann sind wir verpflichtet, daselbe zu tun, und da kann es passieren, daß den ersten besten Tag der Betrieb stillsteht.“ Darauf antwortete der Geschäftsführer: „Diese Neuerung wird Ihnen teuer zu stehen kommen, das kostet zwei Monate!“

Anstatt nun die für das Gericht wenig schmeichelhafte Auffassung von der unparteiischen Stellung der Rechtsprechung, die in den anmaßenden Worten des Geschäftsführers lag, gebührend zurückzuweisen, kam das Gericht wirklich auf eine — noch dazu so unverständlich hohe — Bestrafung. Ganz unverkennbar lag die Schuld auf der anderen Seite. Dem Zwang, der schon ausgeübt wurde — sollte aber erst im Wiederholungsfalle — Zwang entgegengesetzt werden. Obendrein war auch nur von der Möglichkeit des entgegengesetzten Zwanges gesprochen worden. Die Begründung des Urteils läßt deutlich erkennen, daß der Erpresserparagraf als Waffe gegen die organisierte Arbeiterschaft geführt wird. Da entfällt mit Recht die Frage, was denn das Geschrei der Scharfmacher nach ausnahmegesetzlichen Bestimmungen gegen die organisierten Arbeiter eigentlich noch bezwecken soll. Schlimmer kann es doch gar nicht mehr kommen.

Wahr ist, daß den Arbeitern die Pistole auf die Brust gesetzt wird. Zeigen sie sich nicht dem Willen des Unternehmers gefällig, dann droht Hunger und Verfolgung. Wahr ist, daß die Scharfmacher dem Unternehmer die Pistole auf die Brust setzen, der einen sozialen Sinn besitzt und ihn gegenüber den Arbeitern auch betätigen will. Dann schrecken sie selbst nicht davor zurück, ein blühendes Unternehmen zu vernichten, um den Einsichtigen zur Nachgiebigkeit zu zwingen, zur Nachgiebigkeit gegenüber Unverstand und Bosheit.

Die moderne Arbeiterbewegung aber wird weiter arbeiten an dem Werk der Befreiung der Ausgebeuteten, zum Wohle des Volkes, dem Unverstand und der Bosheit des Ausbeutertums, allen Feinden und Verfolgungen zum Trotz!

## Bum Verbandstag.

Wenn der Kollege Schwan aus Heilbronn in Nr. 5 der „Solidarität“ meint, daß der kommende Verbandstag, unserer Arbeit, damit ich wohl die Einführung des Tarifs gemeint, ein Hindernis sei, kann ich mich dieser Ansicht nicht anschließen. Am 7. Januar wurde in der Versammlung der Berliner Kollegenschaft eine Resolution gegen zwei Stimmen angenommen, welche besagt, dem Zentralvorstand jegliche Mittel so lange zu verweigern, bis ein Verbandstag entschieden hat. Diese Resolution ist eine verkappte Abspaltung von der Zentralisation. Der Zentralvorstand hatte nach Annahme der Resolution das Recht, einen Aufruf an die Berliner Kollegenschaft zu erlassen, wonach Beiträge bis auf weiteres nur noch an die Verbandskasse abgeliefert werden, es wäre das für die Kollegenschaft ein Hüben und Drüben geworden. Die Zersplitterung wäre sofort erfolgt. Es blieb dem Verbandsvorstand kein anderer Weg offen, um endlich einmal für die Berliner Kollegenschaft, die ja wieder in diesem Falle die Leidtragende ist, Ruhe zu schaffen.

Wenn ich bisher geschwiegen habe, so aus dem Grunde, weil ich der Meinung war, daß der Verbandstag, wie ich bestimmt glaube, objektiv sein Urteil fällen wird.

Aber wie sieht es denn mit der Objektivität der Berliner Delegierten aus? Von acht Delegierten wurden fünf und ich schreibe eine weibliche gewählt, und diese gehört dem Vorstande der Zahlstelle an. Glaubt Kollege Schwan, diese acht kommen ohne Voreingenommenheit zu den Verhandlungen? Von den letzten Versammlungen der Berliner Kollegenschaft konnte man doch nicht behaupten, daß dieselben objektiv waren, vielmehr waren sie roh! Die Geister, die Moritz gerufen, konnte er nicht bannen! Moritz durfte als Leiter der Zahlstelle nun und nimmer über die Resolution abstimmen lassen, ohne seine Bedenken gegen dieselbe ausgesprochen zu haben. Aber das Gegenteil war der Fall.

Als seinerzeit die Zahlstelle I wiederholt mit den weiblichen Vertrauenspersonen behufs Verschmelzung der drei Zahlstellen beraten, wurde sehr häufig die Beschränkung ausgesprochen, wenn Kollegen einiger größerer Druckereien mobil gemacht werden, die Interessen der weiblichen Mitglieder überstimmt werden, auch ich habe damals diese Bedenken zu zerstreuen gesucht, aber die letzten Versammlungen haben es gelehrt! Wer abweichender Meinung der 5-600 Kollegen der größeren Druckereien war, wurde sehr häufig mit dem Prädikat „Schieber“ usw. belegt, ohne vom Vorsitzenden in Schutz genommen zu werden. Wenn man nun glaubt, keine Rücksicht auf die Frauen, die ja auch eine ziemliche Anzahl unserer Mitglieder stellen, nehmen zu müssen, und die Versammlungen immer Sonntags einberuft, um den ganzen Generalstab Nacharbeiter usw. um sich zu versammeln und um der Geschäftigkeit die Zügel schießen zu lassen, ist es doch kein Wunder, wenn die Versammlungen von weiblichen Mitgliedern recht spärlich besucht werden. Die Gleichstellung der weiblichen Mitglieder ist in der Versammlung am 28. Januar bei der Wahl der Delegierten zum Verbandstag wunderbar ausgeprägt worden.

Gerechte Empörung müßte jede Kollegin gegen eine solche Zurücksetzung empfinden, aus diesem Grunde möchte ich wünschen, daß alle Kolleginnen sich meiner Aufforderung anschließen: „In Zukunft für weibliche Mitglieder als Sektion für sich besondere Versammlungen einzuberufen, damit es uns möglich wird, wie früher, unsere Interessen vertreten zu können.“ Wenn Kollege Schwan meint, daß eine Aussprache die Differenz beheben wird, möchte ich sagen:

„Ich hör' die Botschaft wohl,  
Aber mir fehlt der Glaube!“

Klara Wien.

## Die amerikanischen Gewerkschaften

Schreiten in der Entwicklung nur langsam vorwärts, wenn auch die Anfänge einer mehr zielbewußten Bewegung nicht zu verkennen sind. Das Groß-

Gewerkschafter segelt noch im konservativen Fahrwasser, doch die amerikanischen Kapitalisten werden schon dafür sorgen, daß bald eine andere Richtung eingeschlagen wird. Auf der 31. Jahresversammlung der „American Federation of Labor“ in Atlanta im Staate Georgia wurde nach dem Jahresbericht des Sekretärs Frank Morrison die Steigerung der Mitgliederzahl von 1 562 112 auf 1 736 735 angegeben. Angehörigen hatte sich der Organisation die „Western Federation of Miners“ mit 513 000 Mitgliedern. Der Fortschritt ist allerdings nicht so groß, wenn man bedenkt, daß 1904 schon 1 735 500 Mitglieder gezählt wurden. Verschiedene Gewerkschaften gingen in den folgenden Jahren zurück, andere hielten gerade nur ihren Mitgliederbestand. An dem Gewinn im letzten Jahr sind fast alle Gewerkschaften beteiligt. An erster Stelle stehen die Damenschneiderinnen, sie stiegen von 18 000 auf 66 800. Dann folgen die Kohlenräuber mit einem Mitgliederzuwachs von 17 000, die Maschinisten und Müller mit je 10 000, die Hotel- und Restaurationsangestellten mit 6000, die Brauer und Eisenbahntelegographen mit je 5000, die Anstreicher mit 4000, die Schriftsetzer mit 2900 usw. Die Organisation der Kleidermacher hatte 1700 und die der Pfasterer 500 Mitglieder verloren.

Das Vermögen der „American Federation of Labor“ ist mit 189 579 Dollar angegeben. Einer Jahreseinnahme von 182 188 Dollar steht eine Ausgabe von 175 524 Dollar gegenüber, so daß ein Ueberschuß von nur 6664 Dollar verbleibt. Bei der hohen Mitgliederzahl kann die Vermögenslage als besonders günstig nicht bezeichnet werden. Die meisten Ausgaben sind für Organisationszwecke gebucht, nämlich 46 962 Dollar. Das von der „American Federation of Labor“ herausgegebene offizielle Organ „American Federationist“ machte 20 913 Dollar Herstellungskosten nötig und brachte nur 18 213 Dollar ein. Die einzelnen Gewerkschaften hatten noch große Ausgaben für verschiedene Unterstützungszwecke. Bezeichnend ist, daß 71 Organisationen 1 471 381 Dollar an Sterbeunterstützung für die Mitglieder, 11 Organisationen 49 925 Dollar Sterbegelder für die Frauen von Mitgliedern ausgaben. An Krankenunterstützung zahlten 29 Gewerkschaften 818 585 Dollar und an Arbeitslosenunterstützung 16 Gewerkschaften 218 742 Dollar.

Die große Anzahl der Streiks, von 74 internationalen Unions wurden 1359 gemeldet, erforderten die verhältnismäßig hohe Ausgabe von 4 709 550 Dollar, die höchste Ausgabe überhaupt von allen Unterstützungszweigen. 170 526 Personen waren an den Streiks beteiligt. In den gewonnenen Streiks nahmen teil 104 655 Mitglieder, und 16 179 Mitglieder wurden von den Nachteilen einer verlorenen Bewegung betroffen. Die erwähnten Gesamtausgaben reichten aber zur Deckung der Gesamtreisunkosten noch nicht aus, es wurden noch 173 302 Dollar an freiwilligen Beiträgen für die im Kampfe stehenden Berufs Kollegen aufgebracht.

Die Amerikanische Landeszentrale setzt sich aus 120 nationalen und internationalen Unions zusammen. Groß ist in den Vereinigten Staaten noch das Unwesen der Lokalvereine. Es werden nicht weniger als 27 000 Lokalunions angegeben. Dazu kommen noch 39 Staatsorganisationen. Außerdem werden 631 Gewerkschaftsartelle gezählt. Wöchentlich oder monatlich erscheinende Gewerkschaftsblätter gibt es 245. Die Geschäfte der Gewerkschaften werden von 1415 angestellten Beamten erledigt.

Eine starke politische Vertretung fehlt den amerikanischen Gewerkschaften, doch schließt sich ein Teil von ihnen schon der sozialistischen Partei an oder empfiehlt ihren Mitgliedern den Beitritt, sie wählen sich sozialistische Vorstandsmitglieder und entfernen sich so von dem Standpunkte der „Nur-Gewerkschafter“.

## Korrespondenzen.

Breslau. Die am 21. Januar stattgefundene ordentliche Generalversammlung war sehr zahlreich besucht, das ist der beste Beweis, daß unsere Kolleginnen und Kollegen den Ernst der Situation voll begriffen haben und der Tarifgemeinschaft, um welche es sich in der Hauptsache dreht, das größte Interesse entgegenbringen. Zuerst erfolgte die Aufnahme von 20 neuen Mitgliedern. Hierauf erstattete der Kassierer den Kassenbericht. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Als Mitglied der Lohnkommission erläuterte Kollege Michalle in verständlicher Weise den gegenwärtigen Stand der Bewegung. Eine bereits mit den Prinzipalen statt-

gefundene Sitzung ist fast resultatlos verlaufen und dabei zeigte sich wieder, wie schon so oft, daß sich die Herren auf die Verschleppungstaktik berufen, und es muß jetzt an unseren Mitgliedern liegen, dieses Schneidentempo in wirksamer Weise zu beschleunigen. Hierauf erfolgte die Neuwahl der Ortsverwaltung. Es wurde Kollege Max Reinhold als erster Vorsitzender wieder gewählt, Kollege Max Michalle als zweiter Vorsitzender neu gewählt. Kassierer bleibt Kollege Paul Müller, als Schriftführer fungieren die Kollegen Reizner und Stenzel, als Beisitzer die Kolleginnen Martha Bunte und Martha Wohl. Die Revisionskommission bilden die Kollegen Döring, Kraut und Jänisch, Kartelldelegierter bleibt Kollege E. Karbstein. Kollege Reinhold machte des Weiteren auf den im Februar stattfindenden Verbandstag aufmerksam und wies auf die Notwendigkeit hin, zu demselben einen Delegierten zu entsenden. Nach längerer Diskussion wurde Kollege Max Reinhold als solcher gewählt, im Verbindungsfalle des Gewählten wurde Kollege Paul Müller als Stellvertreter bestellt. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Mitteilungen wurde die gut verlaufene Versammlung geschlossen.

Chemnitz. Generalversammlung am 24. Januar 1912. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde zunächst das Andenken des verstorbenen Kollegen Krebs-Burgstädt in der üblichen Weise geehrt. Nach Erledigung einiger Eingänge gab die Vorsitzende einen Jahresrückblick und endigte mit einer herzhaften Ermahnung an die Versammlungsgewährer, besser ihrer Pflicht zu gedenken. Der Kassenabschluss wurde mit Befriedigung entgegengenommen und der Kassiererin Entlastung erteilt. Eine Debatte knüpfte sich an diesen Bericht nicht, ein Beweis dafür, daß die Kollegen und Kolleginnen mit dem, was zu erreichen möglich war, sich abgefunden hatten. Da die seitherige erste Vorsitzende eine Wiederwahl entschieden ablehnte, wurde Kollege Fiedewitz als erster und Kollege Weise als zweiter Vorsitzender gewählt. Als Kassiererin wurde die Kollegin Hofmann wiedergewählt, desgleichen die Kollegen Ahner und Lindner als Revisoren, Kollege Boppel und Kollegin Wilsche als Beisitzer, welcher zugleich das Amt eines Schriftführers bekleidet. Zum Schluß versprach Kollege Fiedewitz, seine ganze Kraft in den Dienst der Organisation zu stellen und erwartet, daß die Kollegen sich ihm bei seiner schweren Aufklärungs- und Werbearbeit in jeder Beziehung nach Möglichkeit unterstützen werde. Unter Dankesworten an die bisherige Vorsitzende für die der Zahlstelle geleistete Arbeit erfolgte der Schluß der Versammlung.

Halle a. S. Am 27. Januar tagte unsere Generalversammlung, welche sehr gut besucht war. Die Abrechnung vom vierten Quartal bezw. die Jahresabrechnung gab Kollege Gerig. Es wurden im laufenden Jahre 1357,54 Mk. an Streikunterstützung, 831,35 Mk. an Arbeitslosen-, 553,20 Mk. an Kranken- und 137,42 Mk. an Gemäßregeltunterstützung gezahlt. Der Mitgliederbestand belief sich am Schluß des Quartals auf 70 männliche und 226 weibliche, zusammen 296 Mitglieder. Den Jahresbericht gab Kollege Scheibe. Es machten sich elf Mitglieder- und zwei öffentliche Versammlungen nötig. Weiter fanden 79 Geschäft- und 13 Vertrauensmännerversammlungen statt, ferner haben drei Vorstands- und fünf kombinierte Sitzungen mit den verwandten Berufen stattgefunden. Von drei Schlichterentscheidungen war eine von Erfolg für uns. Der Arbeitsnachweisbericht umfaßte nur das letzte halbe Jahr. Arbeitslos gemeldet haben sich 17 männliche und 53 weibliche Mitglieder. Davon wurden vermittelt vier männliche und 29 weibliche. Ohne Arbeitsnachweis fanden 13 männliche und 8 weibliche Arbeit. Den Kartellbericht gab Kollege Müller, in der letzten Kartellsitzung wurden die Gewerkschaftsmitglieder ersucht, sich recht zahlreich dem Verein zur Bebauung einer Gartenstadt anzuschließen, worüber sich eine lebhafte Debatte entspann. Es wurde beschlossen, in der nächsten Versammlung in dieser Frage vom Gewerkschaftssekretär ein Referat halten zu lassen. Unter Verbandsangelegenheiten gab der Vorsitzende die Firmen bekannt, welche den prozentualen Zuschlag gewähren, demnach ist es nur die Firma B. Rietschmann, welche noch nicht bewilligt hat. Auch wurde die Firma Wald u. Co. einer wirtdigen Kritik unterzogen, denn dieselbe gewährt nicht einmal den vollen Zuschlag und zieht auch dem Personal die Beiträge zur Kranken- und Invalidenkasse ab, was sie bisher selbst bezahlte, auch erklärte diese dem Vertrauensmann gegenüber, daß sie den Zuschlag deshalb nicht bewilligte, weil die Arbeiter im Verbands sind. Es muß hier noch

berücksichtigt werden, daß die Firma Bald u. Co. hauptsächlich ihre Papierarbeiten in Arbeiterkreisen absetzt. Folgende Resolution gelangte zur einstimmigen Annahme:

Die heute im Englischen Hof stattfindende Versammlung nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem Verhalten der Firma Emil Bald u. Co. unserer Kollegenchaft gegenüber. Denn eine Firma wie die obengenannte, die nur ausschließlich von Gewerkschaften und Genossenschaften ihre Arbeiten erhält, soll doch hauptsächlich auch mit ihren Arbeitern in gerechten Verhältnissen leben. Die Versammlung hofft, daß die genannte Firma das Versäumte nachholt, sollte dies jedoch nicht der Fall sein, so soll der Vorstand die Konsumgenossenschaften zur Hilfe anrufen.

Die Wahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: Als erster Vorsitzender wurde Kollege Scheibe, als zweite Vorsitzende Kollegin Knote, als erster Kassierer Kollege Gerig, als zweiter Kassierer Kollege Schmitz, als erster Schriftführer Kollege Weisbach, als zweiter Schriftführer Kollege Maz, als Revisoren Kollege Naus und Stolle und Kollegin Sommer, als Stellbelegierte die Kollegen Müller und Zerpele gewählt. Es wurde beschlossen, dem Arbeitersamariterbund 10 M. zu bewilligen.

Herford i. W. Am 21. Januar fand eine gut besuchte Versammlung statt. Nachdem vom Vorsitzenden der Jahresbericht gegeben war, sprach unser Gauleiter, Kollege Spattholz-Hannover, über den Tarifabschluß vom 18. Dezember 1911. Die Abrechnung vom dritten Quartal 1911 wurde als richtig befunden und dem Kassierer Entlastung erteilt. Die Vorstandswahl ergab, daß die Kollegen König und Heiland als Vorsitzenden, der Kollege Kolbus als Kassierer, Kollege Leiermann als Schriftführer und die Kollegen Sundermann, Held und die Kolleginnen Lina Gann und Thebes als Revisoren gewählt wurden. Unter „Verschiedenem“ führte Kollege Leiermann aus, daß bei Erhöhung der Löhne der Buchdrucker es sich der Verleger der Herforder Zeitung für Stadt und Land, Herr Fürstlicher Rat Max Quentgen, hat nicht nehmen lassen, auch den Arbeitern seiner Firma die zwölfpromzentige Lohnzulage zu bewilligen. Auch besteht seit einem Jahre das gute Einverständnis, daß er seinen Arbeitern einen Urlaub von acht Tagen, welche bei ihm drei Jahre in Arbeit stehen, bewilligte, und solche, welche ein Jahr dort beschäftigt sind, erhalten drei Tage Urlaub. Der Lohn wird während der Ferien weiter bezahlt. Diese Firma bezahlt am Platze hier die höchsten Löhne. Möge sich doch mancher Prinzipal daran ein Beispiel nehmen.

Leipzig. Am 22. Januar fand hier eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung statt, welche sich in der Hauptsache mit der Einberufung des außerordentlichen Verbandstages beschäftigte. Vor Eintritt in die Tagesordnung ertheilte die Versammlung das Andenken der verstorbenen Kollegin Fritza Anna Weber in der üblichen Weise. Beim ersten Punkt der Tagesordnung gab Kollege Schulze in kurzen Worten die Gründe bekannt, welche den Verbandsvorstand veranlaßt haben, den außerordentlichen Verbandstag einzuberufen und teilte im Anschluß hieran mit, daß diesem ein Gautag für den Gau VI vorangeht. Derselbe findet am Sonntag, den 28. Januar, in Leipzig statt. Als Delegierte zu diesem wurden die Kollegen Kreschmar, Thielemann, Wollen, Abend und Kollegin König gewählt. Als Delegierte zum Verbandstag wählte die Versammlung laut Vorschlagsliste die Kollegen Seidel, Helwig und Schulze und Kollegin König. Unter Vereinsangelegenheiten stand der Antrag des Kollegen Albin Kuhl, der dahin lautete, die Extraunterstützung für denselben noch weiter zu zahlen. Nachdem die Versammlung über den Tatbestand unterrichtet war, wurde der Antrag gegen eine Stimme abgelehnt.

## Rundschau.

Die Wut der Scharfmacher über den Ausfall der Reichstagswahl findet keine Grenzen. Sie sind erobert über die Untätigkeit und die „Raubei“ der Regierung, die nicht scharf genug den Arbeitern entgegentritt. Ihre Erbitterung kommt recht drastisch in einem Leitartikel der „Deutschen Arbeiterzeitung“ zum Ausdruck. Da heißt es: „Schon heute wissen wir, daß von der so schuldig erwarteten Vernichtung des Schußes der Arbeiterwilligen keine Rede mehr sein wird. Die „Nordb. Allgem. Zeitung“ hat die Erklärung abgegeben, daß die Berliner Regierung „gegen

Ausnahmegesetz“ sei. Fürwahr ein recht bedenkliches Symptom friedvollen Eingemöhnens in die neugeschaffene politische Situation! Kein vernünftiger Mensch wird zu behaupten imstande sein, daß eine Maßnahme zur Verhütung von eskalanten Rechtsverletzungen, wie sie aus der ungenügenden Fassung der die Koalitionsfreiheit behandelnden Bestimmungen der Reichsgesetzgebung sich ergeben haben, etwa als „Ausnahmegesetz“ anzusehen ist.“ Die Sehnsucht der Arbeiterseinde ist verständlich, wenn man bedenkt, daß sie im Kampfe mit dem ehrlichen Arbeiter immer nur auf die Hilfe jener Dieberräuber, der sogenannten Arbeitswilligen, angewiesen waren. Die Arbeiter sind nämlich stets mit diesen „arbeitsfreudigen“ Elementen, die zu einem nicht geringen Prozentsatz aus tabakulustigen und gewalttätigen Leuten, im gewöhnlichen Leben Lumpengefindel genannt, bestanden, schnell fertig geworden. Eine Vermehrung des Schusses der „Hingebredler“ würde allerdings eine Gefährdung des öffentlichen Lebens bedeuten. Ruhe und Sicherheit auch für ganz unbeteiligte Leute, das haben verschiedene Fälle schon jetzt bewiesen, wären dahin, ginge die „Sehnsucht“ der Scharfmacher in Erfüllung. Die „Deutsche Arbeiterzeitung“ leitetartikelt dann weiter, indem sie der Regierung „eine Politik der Konzeptionen gegenüber der Biermillionenpartei“ vorwirft und von „einer Herrschaft der Not unter fremdlicher Duldung der leitenden Kreise“ spricht. „Der rechte Augenblick ward verpaßt“, jammert sie und zum Schluß heißt es dann: „Wohl mag es einem wirklich Großen, der aus unseren Reihen vielleicht noch einmal erhebt, schließlich gelingen, das wankende Gebäude vor dem völligen Zusammensturz zu bewahren. Aber es ist ein schlimmes Ding, auf solche unsichere Erwartung das Schicksal der Nation zu gründen. Und ist es wahr, daß jeder Schuld einmal die Sühne folgt, dann harret unser bis zum Erscheinen des zu erhoffenden Retters jedenfalls ein Geschick, um das uns die Nachwelt nicht beneiden wird.“ Sie hoffen also auf den „starken Mann“. Wenn ihnen nur die Zeit nicht lang wird, bis der ersohnte Messias kommt, der ihnen die „ewige Seligkeit“ bringen soll. Die Juden warten heute noch und sind dabei als Nation zugrunde gegangen.

Ein beachtenswerter Urteil über die Verweigerung von Streikarbeit. Bei allen Lohnkämpfen bereitet den Unternehmern die ordentliche und rechtzeitige Ausführung ihrer Aufträge die größten Schwierigkeiten. Sie versuchen sich meistens durch die sogenannte Streiklausen vor Schäden zu bewahren, doch lassen sich manche Auftraggeber darauf nicht ein und verlangen prompte Lieferung. Bei ganz erbitterten Lohnkämpfen, wie jetzt im Steindruckgewerbe, die monatelang währen, wird diese Kalamität doppelt groß, und der Fabrikant läuft leicht Gefahr, seine Besteller an die Konkurrenz zu verlieren. Da versucht er sich zu helfen, indem er die dringlichsten Aufträge einem Geschäftsfreunde zur Erledigung übergibt. Aber die Arbeiter passen auf und haben gewöhnlich bald herausgefunden, wo solche Arbeiten untergebracht sind. Die benachrichtigten Kollegen verweigern diese Streikarbeit und unterstützen so ihre kämpfenden Mitarbeiter. Das machten auch die Lithographen und Steindrucker einer größeren Firma in Lehr i. B. und wurden deshalb von den Firmeninhabern auf Schadenersatz verklagt. Die Unternehmer erwiderten aber damit nichts, denn ihre Klage wurde vom Lehr Gerbergericht abgewiesen. Die schriftliche Urteilsbegründung ist von prinzipieller Bedeutung. Sie besagt u. a.: Es wurde berücksichtigt, daß sich die Beklagten in einer Zwangslage befanden und durch die Ausführung der Arbeiten großen Nachteilen seitens ihrer Organisation ausgekehrt gewesen wären. Dem Kläger waren die Differenzen der beiden Verbände und die Zugehörigkeit der Beklagten zum Senefelderbund bekannt, sein Verlangen von den Beklagten, die Arbeiten auszuführen, wurde bei dieser Sachlage als gegen die guten Sitten verstößend angenommen, andererseits wurde die Weigerung der Beklagten in analoger Anwendung des § 228 B. G. B. im Falle der Schadenzufügung als in einem Nothstand gesehen betrachtet. Der Arbeitsvertrag der Parteien ist dahin auszulenen, daß seitens des Klägers auf die von den Beklagten nach ihrem Standes- und Organisationsanscheinungen bestehenden Verpflichtungen Rücksicht zu nehmen ist. Diese Anschauungen sind begründet in dem Solidaritätsgefühl der organisierten Arbeiterchaft und in den Verpflichtungen des einzelnen durch seine Zugehörigkeit zur Organisation; ihre Berücksichtigung führt dazu, die übrigen Verpflichtungen aus dem Dienstvertrag diesen allgemeinen Erwägungen unterzuordnen.

**Gewerkschaften und Genossenschaften.** Was der Lohnarbeiter durch seine Gewerkschaft zur Führung einer besseren Lebenshaltung erlämpft, wird ihm auf mancherlei Art wieder abzunehmen versucht. Seine Lage soll die gleiche bleiben, er soll sich aus dem Zustand völliger Abhängigkeit von seinen mächtigen und eignungstüchtigen Interessengruppen nicht befreien können. Um das oft erst durch erbitterte Kämpfe und nicht selten große Opfer mit Hilfe seiner gewerkschaftlichen Organisation Errungene auch erfolgreich zu behaupten, bedarf er vor allen Dingen einer starken politischen Vertretung, die er auch in der sozialdemokratischen Partei gefunden hat. Sich ebenfalls hier zu organisieren, ist gebieterische Pflicht. Die Mitglieder der freien Gewerkschaften haben das lange ersehen. Aber nicht nur die höchsten staatlichen Organe, die als der geschäftsführende Ausschuß der einen mächtigen Einfluß ausübenden Ständes- und Interessengruppen anzusehen sind, wollen den Arbeiter auf ein bestimmtes Lebensniveau niederzwingen, sondern auch im wirtschaftlichen Leben, als Konsument, wird er betrogen, begannert, will man ihm das Mehr, was er gegen früher verdient, abjagen durch unerhörte und durch nichts gerechtfertigte Preissteigerung seiner notwendigen Lebensmittel. Der Zwischenhandel und seine Vertreter, die Krämer, die Schmarotzer am Wirtschaftskörper, zählen mit zu den gefährlichsten Feinden der Arbeiterchaft. Hier kann ebenfalls nur die Organisation der Konsumenten und ihre Einrichtung, die Konsumgenossenschaft, wirksam helfen und bessern. Das wird leider in gewerkschaftlichen Kreisen noch zu wenig beachtet. Genosse von Elm hat in einer Broschüre „Gewerkschaften und Genossenschaften“, die dieses Gebiet ausführlich und klar behandelt und zur Anschaffung angelegentlich empfohlen werden kann, ausgerechnet, daß weit über die Hälfte der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter heute noch nicht konsumgenossenschaftlich organisiert ist. Wenn auch der ledige Arbeiter nicht das gleiche Interesse an der konsumgenossenschaftlichen Organisation hat wie der verheiratete, so dürfte doch die Zahl der Verheirateten in den Gewerkschaften weit größer sein als die der Ledigen, so daß, wenn nur alle verheirateten Gewerkschaftsmitglieder konsumgenossenschaftlich organisiert wären, die Mitgliederzahl des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine eine erheblich größere sein müßte. Nach den letzten Jahresberichten betrug sie 1 181 360, der über 2 ¼ Millionen gewerkschaftlich organisierte Mitglieder gegenüberstehen. Nur 80,5 Prozent waren Lohnarbeiter von den Mitgliedern der Genossenschaften. Genosse von Elm sagt: Wirtschaftliche Macht kann sich der Arbeiter nur dadurch erringen, daß er auf beiden Gebieten, auf gewerkschaftlichem und genossenschaftlichem, gut organisiert ist. Der Geldlohn ist nicht der Reallohn, der Reallohn besteht in der Summe der Lebensbedürfnisse, die der Arbeiter mit seinem Geldlohn zu befriedigen imstande ist. Eine Erhöhung der Löhne des Arbeiters bedeutet also nicht ohne weiteres eine Erhöhung der Lebenshaltung. Die freie Konkurrenz, die in der kapitalistischen Gesellschaft eventuell ausgleichend wirken konnte, ist erheblich durch die Organisation der wirtschaftlichen Interessengruppen unter den Kapitalisten eingeschränkt worden. Der Zusammenschluß der Konsumenten wirkt dem sonst unbegrenzten Einfluß der Kartelle, die die Preise diktieren wollen, entgegen. Das erste Erfordernis, das der Arbeiter an den Konsumverein stellt, ist Realität und das wird erfüllt; denn die betrügerischen Manipulationen vieler Krämer, die Kräfte beim Zurücklegen, wo Steine, Schmutz, Papier als Nettogewicht angerechnet werden, fallen fort. Die Konsumvereine sind demokratische Gebilde, sie dienen mit ihren Einrichtungen allen Konsumenten; die kapitalistischen Handelsgroßbetriebe dienen einzelnen Kapitalisten oder kapitalistischen Interessengruppen. Daß die Arbeiter, die in den Konsumvereinen gleichzeitigt die Arbeitgeber ihrer Angehörigen sind, für diese gute Lohn- und Arbeitsbedingungen schaffen müssen, ist selbstverständlich, wenn sie ähnliche Einrichtungen in der kapitalistischen Welt für alle schaffen wollen. Mit den in Betracht kommenden Gewerkschaften sind Tarife abgeschlossen worden. Alle Angehörige bekommen Ferien unter Fortbezahlung ihres Lohnes. Der Zentralverband hat für sie eine Unterstützungskasse eingerichtet, in die im Jahre 1910 die angeschlossenen 177 Genossenschaften die respektable Summe von 228 654 M. eingezahlt haben. Für Vermögensbestand betrug am 31. Dezember 1910: 1 583 463 M. Eigentümlich sollten allen gewerkschaftlich und genossenschaftlich organisierten Arbeitern die großen Vorteile einer solchen Versicherung zugänglich gemacht werden. Dem

konnten sich auch die hier in Betracht kommenden Instanzen nicht verschließen und es wurde die gewerkschaftlich-gewerkschaftliche Volksfürsorge beschlossen, durch die hoffentlich recht bald allen Arbeitern die Möglichkeit geboten ist, sich für die Versorgung ihrer Kinder, des Alters, für Fälle des Todes und für besondere Notfälle ihren Verhältnissen entsprechend versichern zu können. Die Notwendigkeit einer solchen Einrichtung erhellte die Tatsache, daß im Jahre 1909 bei den bestehenden Privatversicherungsgesellschaften 147 Millionen Mark Versicherungssumme in Verfall geraten sind, weil die Versicherten ihre Beiträge nicht weiter bezahlen konnten. 57 Millionen Mark entfielen davon allein auf die Volksversicherung der „Vittoria“. Der Direktor dieser Gesellschaft bezog für das Jahr 1910 ein Gehalt von 92000 Mk. und dazu 700000 Mk. Lantien, die übrigen Herren der Direktion 600000 Mk. und die des Aufsichtsrats 150000 Mk. Lantien. Bei der gewerkschaftlich-gewerkschaftlichen Einrichtung geht den Arbeitern selbstverständlich auch nicht ein Pfennig verloren.

Wenn die angeführten Tatsachen noch nicht den großen Wert der gewerkschaftlichen Organisation beweisen, so sollte den Arbeitern doch das wütende Geschrei ihrer Feinde in den kapitalistischen Blättern zu denken geben; daß die Arbeiter hier auf dem rechten Wege sind, geht aus den verzweifelten Anstrengungen hervor, die die Vertreter des Geldsacks in allen Staats- und Gemeindeparlamenten machen, um den Konjunkturvereinen die Existenzmöglichkeit zu nehmen. Doch trotz aller Schikanen wird die Weiterentwicklung dieser Organisationsform nicht aufzuhalten sein. Durch die Einsicht der organisierten Arbeiter werden die Genossenschaften immer größer und leistungsfähiger werden und jeder wird das Wort des Genossen von Elm anerkennen müssen: Gewerkschafter sollen Genossenschaftler, Genossenschaftler Gewerkschafter sein.

**Chemalige Offiziere in der Arbeiterbewegung.** Was die Sozialdemokraten bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung voraussetzten, das wird sich bald erfüllen. Nach der „Schief. Jtg.“ ist in Aussicht genommen, bei einem Teile der neu zu errichtenden Versicherungsämter in den mit der Stellvertretung des Vorsitzenden verbundenen Stellen solche verabschiedete Offiziere als mittlere Beamte oder nebenamtlich zu beschäftigen, denen die Aussicht auf Anstellung im Zivildienste verliessen worden ist. Für die Erwerbung der Befähigung hierzu ist eine mehrjährige Vorbereitung in Aussicht genommen, die teilweise auch bei Krankenassen zurückzulegen ist. Der Minister für Handel und Gewerbe stellt jetzt Erhebungen darüber an, welche Krankenkassen geeignet und bereit seien, solchen verabschiedeten Offizieren Gelegenheit zu ihrer Ausbildung in Geschäften der Krankenversicherung zu geben.

So muß es sein, die Offiziere mit ihrem Kommandoton überall, jetzt auch noch in den Versicherungsämtern, die darüber mit zu entscheiden haben, wer eine Rente bekommen soll. Wenn erst in allen Büreaus der Arbeiterversicherung ehemalige Offiziere sitzen, dann zahlen die Arbeiter wohl hohe Beiträge, aber Renten gibt es noch seltener als heute.

Die christlichen Arbeitervertreter im Reichstage. Von den sieben Herren, die die nationalen Arbeiter im alten Parlament vertraten, hat einer schon während der verfloffenen Legislaturperiode wegen seiner schmutzigen Exilengeschichte gehen müssen. Statt dieses Antisemiten Schack wurde in der Nachwahl der Genosse Leber gewählt. Bei den allgemeinen Wahlen aber fiel der Sozialdemokrat gegen den Vorsitzenden des Leipziger Handlungsgehilfenverbandes Marquardt durch. Dieser schließt sich der nationalliberalen Partei an, ebenso auch der in Göttingen gewählte Vorsitzende des Rier-Berliner-Eisenbahnerverbandes Joller, der ein starker Gegner der christlichen Gewerkschaften M.-Glabbacher Richtung ist. Von den alten christlich-nationalen Arbeiterabgeordneten kehren in den Reichstag wieder Giesberts, Schiffer, Veder, Stürmer und Behrens. Der unangenehmste Herr ist Franz Behrens, der durch sein fortgesetztes Scharwenzeln bei den Bundesratsmitgliedern und sonstigen Regierungsvertretern auffällt. Er bereitet diesen Herren nicht selten große Verlegenheiten. Sie können ihn jedoch schwer schneiden, es ist doch schließlich ein konservativer Abgeordneter. Der Arbeitersekretär Schwarz tritt als neuer Herr in den Reichstag ein. Er ist in Schweinfurt heimisch. Ebenfalls ein neues Licht ist das Mitglied des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter, Herr Hedmann-Bochum, der be-

dauerlicher Weise gegen den Genossen Hue gewählt worden ist. Zentrum und Nationalliberale gingen hier zusammen. Sie konnten aber mit anfänglichen Mitteln nichts ausrichten und nahmen dann ihre Zuflucht zu einer Schweinerei, die irgend ein Ferkel in der katholischen Kirche angerichtet hatte und schoben die den gottverfluchten Sozialdemokraten in die Schuhe. So gelang es dann. Und aus dem Menschendreck stieg er empor, er, der Herr Hedmann-Bochum, wie der Phönix aus der Asche. Durchgefallen ist in Hamm-Sooft ein Herr Wiedberg, der Vorsitzende des christlichen Bauhandwerkerverbandes und gewählt der katholische Facharbeiter, Anhänger der bekannten Sklavemoral, Herr Kosemann. Die christliche Holzarbeiterzeitung sieht ja auch als erfreuliche Gewinne der christlichen Gewerkschaftsbewegung die Wahl des Grafen Posadowski und die des Lic. Mumm an. Die „Christen“ dürfen überhaupt stolz auf alle diese Männer sein. Sie passen zu ihnen.

**Der Reichsverein der Buchdrucker- und Schriftsetzerhilfsarbeiter,** die Hilfsarbeiterorganisation Österreichs, kann das Jahr 1911 sowohl in organisatorischer als auch finanzieller Hinsicht als erfolgreich bezeichnen. Die Generalversammlung, die zu Osnabrück tagte, schuf für die höher entlohnerten Arbeiterkategorien eine neue Beitragsklasse. Der erhöhte Beitrag sieht auch bedeutend erhöhte Unterstützungen in allen Unterstützungsweigen vor. In Böhmen wurden in Anbau und Höhenale neue Ortsgruppen gegründet, die sich günstig entwickeln.

Für den Fortschritt der Organisation war das bedeutendste Ereignis der im Oktober erfolgte Anschluß des Rießer Vereines der Buchdrucker-Hilfsarbeiter. Vor Schluß des Jahres hat sich auch noch der Fachverein der Zeitungsarbeiter Wiens in einer außerordentlichen Generalversammlung für den Anschluß an den Reichsverein erklärt, der am 1. Januar 1912 sodann erfolgt ist. — Eine Lohnbewegung der Zeitungsaussträger in Graz wurde mit Erfolg durchgeführt, desgleichen eine Aktion wegen Gewährung von Feuerungszulagen. Die Organisation verfügt über vier Fachblätter, die in deutscher, polnischer, tschechischer und italienischer Sprache erscheinen.

### Eingegangene Druckschriften.

**Die Aufgaben der Gemeindeverwaltungen in der Sozialgesetzgebung.** Von Friedrich Kleis. Berlin 1912. Verlag: Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & M. b. H. Berlin SW. 68. Preis 1.— Mk., Mercinsausgabe 40 Pf. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Die als Heft 13 des Sammelwerks „Sozialdemokratische Gemeindepolitik“ erschienene Abhandlung dürfte nicht nur den Gemeindevertretern, sondern auch den Arbeitersekretären ein wertvoller Wegweiser durch das weitverzweigte Gebiet der Sozialpolitik sein. Der Verfasser beschränkt sich naturgemäß auf den Teil der Sozialgesetzgebung, deren weiterer Ausbau den Gemeinden möglich ist. So erläutert er u. a. eingehend die Aufgaben der Gemeinden auf dem Gebiete der reichsgesetzlichen Arbeiterversicherung auf

Grund der R. V. D., ihre Mitwirkung am Arbeitererschutz nach der Gewerbeordnung, Mithilfe am Kindererschutz und die gewerbliche Rechtsprechung. Wie die früher erschienenen, so wird auch dies neueste Heft der Sammlung unseren tätigen Parteigenossen die Ausübung ihrer Ämter wesentlich erleichtern und sie zu immer neuen Anregungen anspornen.

**Gegen die Schundliteratur!** Daß die Bestrebungen unserer Partei zur Verdrängung der Schundhefte, wie sie massenhaft in den Wohnungen der Arbeiter gebildet wurden und noch werden, von gutem Erfolge begleitet sind, zeigt das immer größere Interesse, welches die arbeitende Bevölkerung der im Verlage der Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & M. b. H., Berlin SW. 68, erscheinenden Wochenschrift *In Freien Stunden* entgegenbringt. In Freien Stunden, als guter Ersatz für die schlechte Literatur geschaffen, bringt stets nur die besten Romane, Novellen, Humoresken usw. zum Abdruck. Gegenwärtig erscheint als Hauptroman Emile Zolas bedeutendes soziales Werk *Germinial*. Die packenden Szenen dieses Romans hat der bekannte Münchener Künstler Josef Damberger durch lebenswahre Zeichnungen den Lesern besonders nahe gebracht. Da auch der übrige Inhalt der einzelnen Hefte stets abwechslungsreich und interessant ist, können wir die Lesart der Wochenschrift *In Freien Stunden* unseren Lesern durchaus empfehlen. Jede Woche erscheint ein Heft zum Preise von 10 Pf. Die Zeitungsträger bringen „In Freien Stunden“ ohne Erhebung einer besonderen Zustellungsgebühr in die Wohnung der Abonnenten. Neu hinzutretende Leser können die bereits erschienenen Hefte nachgeliefert erhalten.

### Versammlungskalender.

**Hannover.** Generalversammlung, am Sonntag, den 11. Februar 1912, nachmittags 3½ Uhr, im Restaurationslokal des Gewerkschaftshauses, Nikolastr. 7. 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Jahresbericht des Vorstandes. 3. Neuwahl des Gesamtvorstandes. 4. Abrechnung vom Kappenfest. 5. Verschiedenes.

### Adressenveränderungen.

**Chemnitz.** Vorsitzender: Robert Fiedewirth, Humboldtstr. 1.  
**Saalfeld.** Vorsitzende und Kassiererin: Frieda Friedrich, Niederköbitzgasse 24.  
**Zwidau i. Sa.** Vorsitzender: Paul Mehnert, Kassierstraße 53 III. Arbeitsnachweis daselbst.

### Abrechnungen.

Das vierte Quartal haben in dieser Woche abgerechnet:  
Braunschweig 216.80, Breslau 677.17, Halle 50.—, Heilbronn 40.94, Mühlhausen 59.50, Schwern 61.20, Stendal 60.48 Mk.

H. S o d a h l.

## Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands Bahlstelle Leipzig.

Voranzeige!

Voranzeige!

Sonntag, den 3. März 1912, im Etablissement „Schützenhaus“, Sellerhausen

# Großes Kappenfest mit diversen Ueberraschungen und Ball.

Einlaß ¼4 Uhr • Feder Besucher erhält eine Müze gratis • Anfang 4 Uhr.  
Eintrittskarten im Vorverkauf 20 Pfennig, an der Kasse 30 Pfennig.

Freunde und Gönner ladet freundlichst ein

Das Festkomitee.

## Das Blei als Gewerbegegift.

Unter allen Gewerbekrankheiten steht die chronische Bleivergiftung obenan. Zwar gibt es noch zahlreiche andere Schädlichkeiten des Berufslebens, Quecksilber- und Arsenvergiftungen in der chemischen Industrie, Weizenkrümmungen der Bäcker, Schwerhörigkeit der Schmiede, die, um nur einige zu nennen, in die große Klasse der Gewerbekrankheiten gehören; keine ist aber so verbreitet, wie die chronische Bleivergiftung. Die zahlreichen Arbeiter der Schmelzhütten und Bleifabriken, die Maler, Schriftsetzer und noch mehr die Schriftgießer, Steingutarbeiter und noch viele andere, die in ihrem Berufsleben mit Blei zu arbeiten gezwungen sind, bilden die Masse derer, die den Angriffen des tückischen Metalles ständig ausgesetzt sind.

So häufig die chronische Bleivergiftung im Berufsleben ist, so selten beobachten wir eine akute Bleivergiftung. Dies hat seinen Grund darin, daß das Blei, wie die meisten Schwermetalle, sehr langsam resorbiert, d. h. sehr langsam vom Blut aufgenommen wird. Trotzdem das Metall so giftig ist, kann es dann nicht zur Wirkung kommen, weil es nicht in die Gewebe des Körpers gelangt. Wenn also aus Versehen oder mit Vorbedacht eine größere Menge eines Bleisalzes verschluckt wird, so entleert sich der Magen-Darmkanal sehr bald durch Erbrechen und Durchfälle des unbehaglichen Gastes, ohne daß er ihm die feineren Teile zu seinem Körperinneren geöffnet hat. Um so gefährlicher wird das Metall, wenn es lange auf den Organismus zu wirken vermag, also unter den Bedingungen, die im Berufsleben des Bleiarbeiters gegeben sind. Zwar können nur minimale Mengen davon mit einem Male aufgenommen werden, aber sie summieren sich im Laufe der Jahre, zumal da die Ausscheidung des einmal aufgenommenen Metalles noch langsamer erfolgt als seine Aufnahme, und rufen die oft sehr bösartigen Erscheinungen der chronischen Bleivergiftung hervor. Daß in den Blutkreislauf gelangte Metall wird in fast allen Organen abgelagert, in der Leber, den Nieren, dem Gehirn und gelangt sehr langsam wieder zur Ausscheidung. Die Hautentgiftungsorgane des Körpers, die Nieren, bringen es mit dem Harn aus dem Körper, im Darm und Speichel wird es ausgeschieden und verläßt auf diese Weise den Organismus, freilich erst nachdem es überall seine Merkmale hinterlassen hat.

Am gefährlichsten ist der Bleistaub, das feine verteilte Metall, das in vielen Fabrikbetrieben als unvermeidliches Uebel den Arbeiter schädigt. Der Staub dringt in die Lungen und gelangt von hier viel schneller in das Blut als vom Darm aus; immerhin können aber auch die geringen Mengen, die jahrelang infolge der Verunreinigungen der Speisen durch schmutzige, mit Bleistaub behaftete Hände in den Darmkanal gelangen, zu einer Bleivergiftung mit allen ihren Folgen führen. Auch dadurch, daß Nahrungsmittel (Sardinen, Konserven usw.) in bleihaltigen Gefäßen aufbewahrt werden, sind nicht selten Vergiftungen vorgekommen, namentlich bei Leuten, die sich lange Zeit mit konservierten, in Blechgefäßen aufbewahrten Speisen ernähren müssen. Diese Vergiftungen lassen sich aber vermeiden, wenn geeignete Sicherheitsmaßregeln getroffen und bleihaltige Gefäße für die Aufbewahrung von Nahrungsmitteln, Mundsalben usw. einfach ausgeschlossen werden. Viel schwieriger hingegen ist die Aufschaltung des Bleies aus dem Gewerbeleben. Solange man sich schon bemüht, das giftige Metall durch andere nicht so gefährliche Stoffe zu ersetzen, man kommt immer wieder zum Blei zurück. Es ist nicht möglich, die Bleifarben durch andere zu ersetzen; selbst das Bleiweiß, das man durch Zinkweiß glaubte ersetzen zu können, ist doch in mancher Hinsicht nach der Angabe der Fachleute der Zinkfarbe

überlegen. Wenn man also nicht schon radikal vorgehen kann, das Blei nicht gänzlich aus dem Berufsleben entfernen kann, so sollten wenigstens alle Beteiligten so vorsichtig wie möglich zu Werke gehen, die gefährlichen Bestimmungen, die fast in allen Ländern getroffen sind, einhalten. Nicht in seltenen Fällen sind es die in Bleibetrieben tätigen Arbeiter selbst, die leichtsinnig die Schutzvorschriften unbeachtet lassen, bis sie dann den Schaden an eigenen Leibe spüren müssen. Es ist den Malern nicht abzugewöhnen, den Pinsel nicht in den Mund zu stecken, wenn sie ihn mit einem andern vertauschen wollen; sie stecken ihn immer wieder in den Mund und beschleunigen natürlich so die Gefahr einer Bleivergiftung.

In welcher Weise machen sich nun die Symptome dieser verbreiteten Gewerbekrankheit bemerkbar? Zunächst müssen wir vorwegnehmen, daß auch hier die Disposition sehr verschieden ist. Manche Individuen erkranken schon nach Wochen, andere bekommen erst nach Jahren Vergiftungsercheinungen, viele werden überhaupt vom Blei nicht wesentlich in Mitleidenenschaft gezogen. Im allgemeinen sind die Menschen am meisten der Erkrankung ausgesetzt, deren Widerstandskraft bereits durch andere Schädlichkeiten herabgesetzt ist.

Schon am Tierexperiment hat man festgestellt können, daß sich die Bleiwirkung im wesentlichen auf den Darmkanal und das Zentralnervensystem erstreckt. Ganz ähnlich verhält sich auch der Mensch, der der Wirkung des Bleies ausgesetzt ist; am meisten machen sich die schädigenden Einflüsse auf den Darm in Form der bekannten Bleikolik, auf das Zentralnervensystem in Form mannigfacher Lähmungen und mit Krämpfen einhergehender Gehirnleiden bemerkbar. Zu diesen Haupterscheinungen kommen dann noch die anfallsweise auftretenden, reißenden Gelenkschmerzen. Charakteristisch für die Bleivergiftung ist ihr vollkommen regelloser Verlauf. Nach einer Periode der Gesundheit kann plötzlich, ohne daß eine Ursache dazu vorhanden ist, das Gift von neuem seine Wirksamkeit entfalten, einen heftigen Anfall einer Bleikolik oder ein anderes Symptom hervorrufen. Wir können das nur so erklären, daß das Gift, das seit langem abgelagert an einer Stelle des Körpers lag, plötzlich von neuem in den Kreislauf gelangt ist und infolgedessen die neuen Anfälle ausgelöst hat. Die Tücke dieser Gewerbekrankheit besteht gerade darin, daß man sich gegen sie so schwer schützen kann, wenn sie erst einmal zum Ausbruch gekommen ist.

Die Bleivergiftung beginnt zunächst mit etwas unbestimmten Allgemeinerscheinungen, Kopfschmerzen, Appetitlosigkeit, Abmagerung; bei Frauen stellen sich häufig Unregelmäßigkeiten der monatlichen Blutungen ein. Es soll auch bei ihnen häufiger zum Abort, zur Früh- oder Fehlgeburt, kommen. Ein sehr charakteristisches und für die Diagnose höchwichtiges Frühsymptom ist der sogenannte Bleisaum, eine schiefegraue Verfärbung des Zahnfleisches, die von einer Ausscheidung des Metalles im Speichel der Mundhöhle herührt. Mikroskopisch kleine Körnchen von Schwefelblei verursachen die schwarze graue Färbung dieses Saumes. Da der Bleisaum den Beginn der Krankheit anzeigt und bei einer ausgeprochenen Vergiftung kaum zu fehlen pflegt, ist seine Beachtung von großer Bedeutung. Wenn um diese Zeit jede Beschäftigung mit dem Metall aufgegeben wird, kann die Erkrankung noch einen günstigen Verlauf nehmen; wenn das Warnungssignal, das uns die Natur selbst gibt, unbeachtet bleibt, kommt es meist zu den viel schwereren Folgeerscheinungen. Zunächst zur Bleikolik, einem mit heftigen Schmerzen einhergehenden, anfallsweise auftretenden Darmkrampf. Die große Schmerzhaftigkeit dieser Krämpfe, die von anfallsfreien Pausen unterbrochen sind, führt den Patienten zuerst zum Arzt. Nicht immer läßt sich die Krankheit dann noch beseitigen, jedoch gelingt mit Aus-

schaltung des Bleies aus dem Berufsleben des Erkrankten die Heilung in vielen Fällen. Man glaubt heute, daß der Darmkrampf durch eine Reizung der Nervenzellen des Darmes hervorgerufen wird, daß also auch die Kolik nervöser Ursprungs ist.

Sehr unangenehm sind die heftigen, reißenden Gelenkschmerzen, die nicht selten im Gefolge einer Bleivergiftung ebenfalls anfallsweise auftreten und mit echten Sichtanfällen größte Wehnlichkeit haben. Zu den Symptomen, die erst verhältnismäßig spät erscheinen, gehören die Blei-Lähmungen. Sie betreffen in der Regel zuerst den Unterarm, gehen dann auf Oberarm und Schulter über, während die unteren Gliedmaßen seltener befallen werden. Die Lähmungen gehören zu den unheilvollsten Erscheinungen der Bleivergiftung; sie sind natürlich irreparabel, (nicht wieder gut zu machen), da die betreffenden Nerven unter dem Einfluß des heimtückischen Metalles degenerieren. Während die einen meinen, daß die Ursache der Lähmungen in einer Schädigung des Gehirns selbst, bezw. der zu den betreffenden Gliedmaßen gehörenden Nervenzentren liege, die in der sogenannten motorischen Region des Gehirns ihren Sitz haben, führen andere die Lähmungen auf eine Schädigung der peripheren Nerven zurück. Praktische Bedeutung hat diese Streitfrage kaum. Die Lähmungen, die zumeist noch im Laufe der Zeit zunehmen, schleichend auch andere Gebiete ergreifen, machen den davon Betroffenen jedenfalls erwerbsunfähig. Noch viele andere nervöse Symptome charakterisieren die chronische Bleivergiftung; sie kann wirkliche Geisteskrankheiten zur Folge haben, durch eine allgemeine Schädigung unserer grauen Hirnsubstanz, epileptische Anfälle, die ebenfalls auf eine Reizung bestimmter Hirngebiete zurückzuführen sind, hervorrufen, Degenerationen im Gebiete des Sehnerven machen, die zu Blindheit führen. Jedenfalls fast immer Erkrankungen nervöser Organe. Man muß also eine ganz besondere Beziehung zwischen dem Blei und der Substanz, die unsere Nerven zusammensetzt, annehmen. Es zeigt sich auch im Tierexperiment, daß Blei, sobald es in den allgemeinen Kreislauf gekommen ist, in erster Linie das Nervensystem schädigt. Von anderen Organen wird durch das Blei noch die Substanz der Nieren angegriffen; es liegt ja nahe, daß das Gift dort, wo es zur Ausscheidung kommt, nämlich in der Niere, Schaden anrichtet. Die zuweilen als Folge einer Bleivergiftung auftretenden Nierenerkrankungen können ebenfalls großen Schaden stiften, Wasser sucht und die übrigen Symptome gestörter Nierenfunktionen hervorrufen.

Es erwächst die sehr wichtige Frage: Wie kann man den vielen Schädlichkeiten, die das Blei am menschlichen Körper setzt, vorbeugen? Kann man ihnen überhaupt vorbeugen? Freilich kann man es, wenn man das Blei aus dem Gewerbeleben gänzlich entfernt. Trotz aller Bemühungen hat sich dies bisher nicht durchführen lassen. Wenn man sich bergewärtig, wie viele, zum Teil ganz von einander verschiedene Berufsarten mit dem Blei zu tun haben, daß Maler und Schriftsetzer, Arbeiter in Kachelwerken und Zinnenbetrieben das Blei nicht entbehren können, so wird man sich einen Begriff davon machen können, wie schwierig es ist, dieses Metall und Gewerbegegift aus dem Industrieleben radikal zu entfernen. So müssen wir uns damit begnügen, die Symptome zu bekämpfen, da wir eine wirklich erfolgreiche Prophylaxe, eine Vermeidung des die Schädigung auslösenden Momentes vorläufig kaum durchführen können. Tausende von Menschen würden arbeitslos sein, wenn das Blei aus dem Gewerbeleben entfernt werden würde. Immerhin kann durch eine kluge Bewaßigung manches zum Nutzen der Betroffenen geschehen. Die in den Bleibetrieben Beschäftigten müssen

selbst über die Wirksamkeit des Metalls unterrichtet sein, sie müssen angehalten werden, sich in ihren Umgangsgewohnheiten danach zu richten. Natürlich sollte jeder, bei dem sich Frühsymptome einer chronischen Bleischädigung einstellen, vor allem also der warnende Bleisaum am Zahnteil, sofort den Beruf wechseln, um den Angriffen des tödlichen Giftes nicht weiter ausgesetzt zu sein. Der Bleisaum zeigt an, daß die Zerstörungsarbeit im Entstehen begriffen ist. Darum bei Zeiten haßt!  
G. B o l f f.

## Korrespondenzen.

**Dresden.** Die Versammlung am 25. Januar beschäftigte sich mit dem außerordentlichen Verbandstag und der Delegiertenwahl. Der Vorsitzende, Kollege Paul Herrmann, referierte über den ersten Punkt der Tagesordnung, worauf in der Diskussion der „zufällig“ anwesende Vorsitzende der Berliner Zahlstelle eine Darstellung vom dem „Berliner Konflikt“ gab. Zu Verbandstagsdelegierten wurden die Kollegen Paul und Franz Herrmann gewählt.

**Konferenz des Gaus VI.** Am Sonntag, den 28. Januar, tagte im neuen Heim der Zahlstelle Leipzig die zweite Konferenz des Gaus VI. Delegierte hatten entsandt die Zahlstellen Halle, Saalfeld, Wittenberg, Crimmitschau, Altenburg, Gera, Grimma, Raumburg, Weimar, Leipzig und die Filiale Borna. Nicht vertreten waren die Zahlstellen Erfurt, Wurzen, Gotha, Dessau und Cöthen. Als Vertreter des Verbandsvorstandes nahm Kollege C. Schulze-Berlin an den Verhandlungen teil. Zunächst kritisierte der Gauleiter, Kollege Schulze, die mangelhafte vierteljährliche Berichterstattung. Er richtete an die antworbenden Vertreter die Anforderung, in Zukunft eine Wandlung zum besseren eintreten zu lassen. Hierauf gab er den Tätigkeitsbericht. Seine Anwesenheit machte sich 56 mal in elf Zahlstellen und zwölf Filialen erforderlich. Die aufgewandte Mühe war des Erfolges wert. Fortschritte in Mitgliederzunahmen und Lohnverbesserungen waren zu verzeichnen in den Orten Halle, Altenburg, Crimmitschau, Wurzen, Saalfeld, Borna und Raumburg. Fernerhin wurden beabsichtigte Maßregelungen zurückgewiesen und in mehreren Orten eine Verkürzung der Arbeitszeit erreicht. Die Zahlstellen Erfurt, Weimar, Gotha, Dessau hatten keinen Besuch des Gauleiters verlangt, es ist daher erklärlich, wenn dort das Organisationsverhältnis, im Vergleich zu den anderen Zahlstellen des Gaus, noch viel zu wünschen übrig läßt, und es muß hier mit gehörigem Nachdruck das Veräumte nachgeholt werden. — Hierauf ging Redner auf die Bewegung im Steindruckgewerbe ein, unterzog das Verhalten der Zahlstelle Gera einer eingehenden Kritik, daselbe geschah auch der Zahlstelle Halle gegenüber, die Firma Warnke betreffend. Von den während der Bewegung in Leipzig betroffenen circa 600 Kollegen und Kolleginnen fallen 300 auf das Konto der Unternehmer. Hierfür, führte Redner weiter aus, müssen wir uns schuldig halten, d. h. wenn die Gehilfen die Arbeit wieder aufnehmen, auch das Hilfspersonal ein Wort mitzureden hat, indem die Arbeit unter den alten Bedingungen nicht wieder aufgenommen wird. Wir sind in der glücklichen Lage nachzuweisen, daß die Organisation nicht zertrümmert am Boden liegt, wie sich die Unternehmer so gern einreden, sondern stolz und kühn ihr Haupt erhebt, wie die Abwehr der aufkeimenden Lohn- und Arbeitsbedingungen gegenwärtig zur Genüge beweist und noch weiter beweisen wird. Wir können diese Abwehr als durchaus gelungen betrachten, wenn wir die Zulagen, welche hier in Leipzig unter unserer Mitwirkung erfolgt sind, mit unserer Tätigkeit in dieser Beziehung vergleichen. Nach den bisher eingegangenen Berichten (zwei Drittel der Beschäftigten) haben 1058 Kollegen und Kolleginnen im Buchdruck eine wöchentliche Zulage von 1266 Mk. zu verzeichnen. Das ist ein Erfolg, auf den wir stolz sein können, und wir werden auch in den Steindruckereien mit dem erforderlichen Nachdruck dahin wirken. Außerdem ist im Buchdruck ein wesentlicher Zugang von Mitgliedern zu konstatieren, und zwar im Monat Januar 28 männliche und 120 weibliche. Auch das ist ein Erfolg, mit dem wir zufrieden sein können, und wir glauben schon jetzt behaupten zu können, daß wir in kürzester Zeit auch im Steindruckgewerbe erfreuliche Fortschritte machen werden. Auch von den Orten Altenburg, Gera,

Raumburg, sowie der Filiale Borna sind Lohnaufbesserungen zu berichten. Der für Halle abgeschlossene Lohnvertrag weist wesentliche Mängel auf, die sich im Laufe der Vertragsdauer recht unliebsam bemerkbar machen werden. Mit dem Hinweis, allerorts lebhafte in die Agitation einzutreten, schloß Kollege Schulze seine Ausführungen. Den Bericht über den Stand der Gaufasse erstattete Kollege Wollen. Die Einnahmen beliefen sich auf 399,60 Mk. Die Ausgaben betragen 106,40 Mk. Demzufolge ist ein Kassenbestand von 293,20 Mk. zu verzeichnen. Montiert wurde hierbei, daß verschiedene Zahlstellen ihren Verpflichtungen gegenüber der Gaufasse nicht nachgekommen sind. An die Berichterstattung schloß sich eine recht lebhafte Diskussion. Die Vertreter von Gera und Halle verteidigten ihre Stellungnahme bei Beginn und Verlauf der Steindruck-Bewegung auf das Entschiedenste, gaben an, daß sie im guten Glauben, der Sache zu dienen, gehandelt hätten. Beim zweiten Punkt der Tagesordnung: „Der Berliner Konflikt“ waren alle Anwesenden darüber einig, im Augenblick hierzu Stellung nicht nehmen zu können, sondern erst beide Parteien hören zu müssen; man war im Allgemeinen darüber klar, daß wohl vieles geschrieben worden ist, aber auch vieles aus tatsächlichen Gründen nicht geschrieben werden konnte. Nach Festsetzung der Tagesorder wurde beschlossen, die Konferenzen alljährlich stattfinden zu lassen. Bei außerordentlichen Vorkommnissen sollen Konferenzen mit eingeschränkter Delegiertenzahl erfolgen. Der Gaubeitrag wird auf 10 Pf. pro Mitglied im Jahre festgesetzt. Als Ort für die nächste Konferenz wird Raumburg a. S. bestimmt. Mit dem Wunsch, daß die Verhandlungen dazu beigetragen haben, die Agitation in allen Zahlstellen zu fördern, wurde die Konferenz nach 6½ stündiger ununterbrochener Dauer vom Kollegen Schulze geschlossen.

**Nürnberg - Fürth.** Nach vielen Versammlungen, Sitzungen und Verhandlungen ist es nun auch hier gelungen, den Tarif unter Dach und Fach zu bringen. Eine Versammlung des Buchdruckpersonals, die am 24. Januar stattfand, befaßte sich mit dem Abschluß, der in der Hauptsache die Löhne der verschiedenen Gruppen entfällt. Der Referent verwies auf die in letzter Versammlung einstimmig erfolgte Zurückweisung der Prinzipalsvorlage, die noch in zwölfter Stunde verschiedene Verbesserungen einschließen wollte, weshalb wir uns dann beschwerdeführend an das Tarifamt wandten. Ausführlich und sachlich wurden die verschiedenen Unterhandlungen mit dem Nürnberg und Fürther Prinzipalsvertreter wiedergegeben. Wir versuchten noch einige Wünsche durchzubringen, so z. B. einen Zuschlag bei großen Auflagen, die länger als drei Tage ohne Ablösung laufen, ebenso bei Spezialmaschinen, auch bei Formaten usw. Die Prinzipale weigerten sich entschieden, weitere Zugeständnisse zu machen. Mit Mühe gelang es noch, die beabsichtigte Einschlebung einer dritten Staffel für die Rotationsarbeiter zu verhindern. Als weiterer Erfolg ist noch die Höherbezahlung an Spezialmaschinen zu buchen. In einer früheren Versammlung wurde in einer Resolution verlangt, daß der Passus der Prinzipalsvorlage, der sich mit der Gewährung einer Zulage an alle, die bisher schon mehr als den Mindestlohn bezogen, eine bestimmtere Fassung erhielt. Die ursprüngliche Formulierung, wonach Zulagen bis zu 1 Mk. gewährt werden sollen, wäre wohl so ausgedrückt worden, daß die meisten Kolleginnen nur eine halbe Mark Aufbesserung erhalten hätten, wie ja auch verheiratete Kollegen mit 50 Pf. bedacht wurden. Durch die nochmalige Intervention erhielt diese Bestimmung nachfolgende präzisere Fassung: „Um auch den bisher schon über Minimum entlohnerten Hilfsarbeitern eine angemessene Erhöhung zu teil werden zu lassen, wird den Mitgliedern empfohlen, allen denen, die bisher mindestens 1.— Mk. über Minimum bezogen haben, eine freiwillige Zulage von 1.— Mk. zu gewähren.“ Erfreulich ist, daß unsere Bemühungen, die Löhne der Fürther Kollegenschaft mit Nürnberg gleichzustellen und einen Tarif für beide Städte zu schaffen, von Erfolg begleitet waren. Wir sehen nicht ein, warum das, was bei den Gehilfen üblich ist, bei uns unmöglich sein soll. Von den Fürther Kolleginnen wird dies durch treues Festhalten an der Organisation anerkannt, was man vom Nürnberger Hilfspersonal in dieser Verallgemeinerung nicht sagen kann. In einer Reihe von Betrieben erhielten nur die Organisierten Zulagen bzw. die erhöhten Mindestlöhne. Wir haben keine Veranlassung, uns für diejenigen, die ernten wollen,

ohne zu säen, zu verwenden. Dieselben, die schmarosend mitgutehen, was andere unter materiellen und persönlichen Opfern schufen, tragen mit die Hauptschuld, wenn nicht mehr erreicht wurde. Die durch den Kampf im Steindruckgewerbe gegebene Situation lag wie ein Alp über den Verhandlungen und einen Kampf nach zwei Fronten zu führen, wäre für uns doch zu viel des Guten gewesen, denn wir in der Provinz sind nicht in der glücklichen Lage, vorwiegend mit Zeitungs- und großen Verdruckerereien rechnen zu können. Auch bei einem Kampf wäre ein allgemeiner besserer Erfolg in allen Tariforten zweifelhaft gewesen, denn es kommt auch vor, daß das Schwert verdirbt, was die Feder erwirbt. Beispiele beweisen es. Hier überwiegt der Klein- und Mittelbetrieb und die Entstehung von neuen ein- und zweimännigen Zwergruckerereien will kein Ende nehmen. Doch muß wahrheitsgemäß berichtet werden, daß die Kleinen, soweit wir Verbindung haben, nach Tarif bezahlen. Erfreulich ist die voraussichtlich paritätische Gestaltung des Arbeitsnachweises, womit auch der Unfug von der Stellenvermittlung unter der Hand beseitigt wird. Dann müssen sich auch jene Firmen an uns wenden, die uns bisher bloß jenen, wenn es galt Differenzen zu schlichten oder bei erfolgloser Insertion in den Tageszeitungen zum Nachweis als letzte Nothilfe stellten. In der Diskussion gab zunächst der Vorsitzende des graphischen Kartells seiner Genugtuung über den Abschluß des Tarifes Ausdruck. Er verwies auf das Vorbild der Gehilfen, deren Tarif in der jetzigen Gestaltung ein Erfolg jahrzehntelanger Kampfes und Wirtens ist. Wenn auch der zweite Tarifabschluß noch nicht allen Wünschen entspricht, so ist das bei der verhältnismäßig jungen Zahlstelle und der allgemeinen Lage nicht zu verwundern, zumal ja auch die Organisation des Buchdruckpersonals Lücken aufweist, die auszufüllen die Verwaltung allein nicht in der Lage ist. Von einer Kollegin wurde auf den Ausdruck eines Unternehmers verwiesen, der mit dem Massenankommen von Ungelehrten drohte. Dies läßt uns kalt, weil Nihilistisches bisher schon vereinzelt versucht wurde, wenn auch mit negativem Erfolg, da Nürnberg's vielfältige Industrie einen steten Bedarf an weiblichen Arbeitskräften hat, sobald man nicht auf die Tempel Gutenbergs und Senefelder's angewiesen ist. In anderen Industrien werden teilweise selbst für ganz ungeübte höhere Anfangslöhne bezahlt, wie bei uns nach längerer Tätigkeit. Auch sind die Löhne nur in der Bestlöhnung wie bei den Gehilfen, deren Bezahlung im allgemeinen höher ist, im Gegensatz zu den in einem „Auflärungsschreiben“ des Schutzverbandes aufgestellten Behauptungen. Das Verhältnis von Angebot und Nachfrage wird auch beim Hilfspersonal den Preis der Arbeitskraft regeln, trotz der vereinzelt zu verzeichnenden, nicht über den Mindestlohn hinaus zu bezahlen. Es muß auch das einzelne Mitglied persönlich seine Leistung einzuschätzen wissen. An die Streidung des § 14 der „Allgemeinen Bestimmungen“ werden mitunter Hoffnungen geknüpft, wonach jetzt alles, was nicht gegen den Buchstaben des Tarifes und gegen die guten Sitten verstößt, als erlaubt gilt. Diese Auffassung zu zerstören, ist Sache des gesellschaftlichen Empfindens und persönlichen Tatgesühles. Wenn auch die Erklärung der Prinzipale über die Beibehaltung günstiger Arbeitsverhältnisse nur für drei Druckstädte gilt, so werden es die Prinzipale der anderen Tariforte als Klugheitsrückfichten unterlassen, durch „Reformen“ böses Blut zu schaffen. Als ungerecht wurde es besprochen, daß die intensive und gesundheitschädliche Tätigkeit des Stereotyparbeiters keine bessere klingende Wertung gefunden hat. Entsprechen die Mindestlöhne auch nicht den hohen Kosten der Lebenshaltung, so wurde doch wiederum eine Grundlage geschaffen, auf der weiter gebaut wird. Bei einem Vergleich mit dem Steindruckpersonal, das den großen Kampf bisher mit musterhafter Geschlossenheit führte, hat das Buchdruckpersonal ohne Kosten und ohne Schwertförmigkeit erreicht, wofür der andere Teil die großen persönlichen Opfer bringt. Die bisher von den einzelnen Geschäften vergessenen Lohnverbesserungen müssen jetzt ab 1. Januar nachgezahlt werden, nachdem die Einigung erst in der letzten Zeit erfolgte. Bei der hierauf vorgenommenen Abstimmung erfolgte die einstimmige Annahme des neuen Lohntarifes, worauf nach einer Aufforderung zur Gewinnung der Inoffiziellen die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen wurde.